

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 ppbn d



Inhalt

Horst Grunenberg MdB verlangt ein Umdenken in der Landwirtschaft zur Verminderung der Schadstoffeinleitung in die Nordsee: Sonderopfer für die Nordsee.

Seite 1

Hans Urbaniak MdB setzt sich für ausreichende Stellen für Deutsche Arbeitsschutzausstellung ein: Mit Räumlichkeiten allein ist es nicht getan.

Seite 3

Hermann Bachmaier MdB und Prof. Dr. Hartmut Soell MdB legen eine Zwischenbilanz der Arbeit des Atomskandal-Untersuchungsausschusses vor: Der Plutoniumkreislauf erhöht das Abzweigungsrisiko drastisch. (Teil II)

Seite 4

43. Jahrgang / 150

9. August 1988

Sonderopfer für die Nordsee

Auch die Landwirtschaft ist gefordert

Von Horst Grunenberg MdB

Nun wissen wir also endlich, wie nach Meinung der Bundesregierung die Nordsee zu retten ist. Einen nationalen Maßnahmenkatalog gibt es seit dem 3. August auch schon und daß Sonderopfer erforderlich sind, konnte sich jeder vorstellen. 20 Milliarden DM veranschlagt der Umweltminister an Kosten für diesen Maßnahmenkatalog, wobei fünf Milliarden DM auf die Industrie entfallen. Ein Bereich kommt dabei sehr glimpflich weg, die Landwirtschaft. Da „empfeht“ man den Verzicht auf intensive Düngung der Gewässerrandstreifen und man verweist stolz auf das zeitlich begrenzte Flächenstilllegungsprogramm - ursprünglich gedacht zur Verminderung landwirtschaftlicher Überproduktion - als bereits eingeleitete Umweltschutzmaßnahme.

Nun ist kaum damit zu rechnen, daß damit die „Überproduktion“ von Gülle zurückgeht. Nach wie vor wird also Gülle in der Vegetationsphase und wenn es keiner bemerkt auch schon mal außerhalb dieser Phase auf die Felder gebracht und weil durch stillgelegte Flächen reduziert, um so dicker auf die Restflächen aufgetragen. Der nächste Regen wird es dann schon richten. Hier zeigt sich aber, daß der Bund wenig ausrichten wird, weil Gülleverordnungen der Kompetenz der Länder unterliegen und was zum Beispiel sollte Ernst Albrecht in Niedersachsen veranlassen, die Gülleverordnungen zu ändern, wenn er nicht die Wählerstimmen aus der Landwirtschaft verlieren will? Man denke nur an die Massentierhaltungen im Süddoldenburger Raum und die damit verbundenen Maismonokulturen.

Dabei gibt es durchaus Lösungen, das Gülleproblem zu entschärfen, noch dazu mit nicht geringem Vorteil für die Landwirte. Und es gibt den Beweis dafür, daß es auch von der Kostenseite mit etwas Unterstützung, die die Bundesregierung gewähren müßte, in kürzerem Zeitraum durchgeführt werden kann.

Wie das Ganze technisch funktioniert, kann Landwirt Peter Hildebrandt in 2852 Ringstedt aus seiner mehrjährigen Erfahrung be-

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner
mit weiteren Kontakten
Presse-Forum



richten. Ursprünglich ärgerte sich Hildebrandt über die hohen Energiepreise und sagte sich, daß der „Nachlaß“ seiner 50 Rinder durchaus genügend Biogas produzieren kann, um sich die teuren Ölrechnungen zum Kochen und Heizen zu ersparen. Nach anfänglichen Eigenexperimenten zog er Professor Dr. Bernd Stephan von der Hochschule Bremerhaven zu Rate. Beide setzten sich mit der Firma MSI in Verbindung - die Firma baut unter anderem Container für Spezialzwecke um - und Bauer Hildebrandt versorgte nunmehr sich und weitere zwei Haushalte mit seinem Biogas. Bald schon merkte er, daß nicht nur das Gas, sondern die ausgefaulte Gülle ein nahezu geruchloser, aber wertvoller Dünger ist. So kann er wenige Tage nach Ausbringung der ausgefaulten Gülle seine Rinder wieder auf die Weide treiben.

„Die ausgefaulte Gülle muß nicht erst auf den Feldern den Fäulnisprozeß durchmachen, wobei ein Großteil der Düngkraft versickert, denn die behandelte Gülle ist nicht nur ungleich geringer auswaschbar, sondern auch weit schneller pflanzenverfügbar und zugleich ein wesentlicher Ersatz für Mineraldünger“ freuen sich Bauer Hildebrandt und Professor Stephan. Die Trennung von Fest- und Flüssigstoffen ist das nächste Projekt der beiden. Das Biogas ist inzwischen zu einem willkommenen Abfallprodukt geworden. So um 35.000 DM Erstellungskosten als Einzelanlage schätzt Hildebrandt für seine Anlage. Den Gedanken, das Gas für den Antrieb seiner Fahrzeuge zu nutzen, hat er wegen der zu entrichtenden Mineralölsteuer verworfen. Bauern sind keine Hobbyflieger!

Vor wenigen Tagen bekamen Bauer Hildebrandt, Professor Stephan und die Firma MSI Besuch aus Norwegen. Die Norweger sind stark an der Anlage wegen ihrer Gülleprobleme interessiert. Sie wollen ihren Teil zur Verhinderung des Eintrags von Phosphat und Stickstoff in die See beitragen. Sie sind sehr erbost über die Nordseeverschmutzung durch die Bundesrepublik und die Benelux-Länder mittels Gülleüberdüngung. Das sehr zu recht, denn die Strömung transportiert den Dreck direkt vor Ihre fischreiche Küste.

Technisch ist das Gülleproblem umweltfreundlich und küstenerträglich lösbar. Ob man sich darüber in der Kohl-Regierung schon Gedanken gemacht hat, insbesondere die Gülleproduzenten nach dem Verursacherprinzip auf ihre Pflichten zum Schutz der Nordsee heranzuziehen? Mit Samthandschuhen zu arbeiten wie bisher wird kaum etwas ändern.

(-/9.8.1988/vo-he/st)

* * *

Mit Räumlichkeiten allein ist es nicht getan

Weitere Stellen für die Deutsche Arbeitsschutzausstellung müssen eingerichtet werden

Von Hans Urbaniak MdB

Die Konzeption, die die sozialliberale Regierung in den 70er Jahren zur Humanisierung im Arbeitsleben erstellt hat, hat in der Errichtung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund ihre praktische Durchsetzung erfahren. Seit Bestehen hat diese Bundesanstalt, die heute Bundesanstalt für Arbeitsschutz heißt, in erheblichem Maße dazu beigetragen, daß wissenschaftliche Erkenntnisse der Humanisierungsforschung in der Praxis Berücksichtigung gefunden haben. Eine zusätzliche Bedeutung erhielt die Bundesanstalt durch die Anmeldestelle und Bewertungsstelle für gefährliche Stoffe, die im Rahmen des Chemikaliengesetzes 1981 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz zugeordnet wurde. Zu diesen umfassenden Aufgaben im Bereich des Arbeitsschutzes und der Humanisierung des Arbeitslebens ist die Bundesanstalt deutsches Zentrum der Internationalen Dokumentationszentrale für Arbeitsschutz beim Internationalen Arbeitsamt in Genf.

Um die bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz in Dortmund geleistete Arbeit aber auch für die Öffentlichkeit transparent zu machen, werden neben den bestehenden Gebäuden für ungefähr 65 Millionen DM Räumlichkeiten für die Deutsche Arbeitsschutzausstellung (DASA) errichtet. Mit der Fertigstellung ist im Jahr 1992 zu rechnen. Diese Ausstellung ist für Dortmund von besonderer Bedeutung, weil mit ihr eines der größten technischen Museen in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen wird. Auf 12.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche werden die Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten ihrer Verbesserung beispielhaft an Arbeitsplätzen aus unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern dargestellt. So die Büroarbeit, vor allem Bildschirmarbeitsplätze, Druck und Vervielfältigung, Chemiearbeit, Transport und Verkehr sowie Schwerindustrie.

So begrüßenswert die Errichtung der DASA ist, ein Wermutstropfen bleibt. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat von den notwendigen 27 Stellen erst neun genehmigt. Es wird die Aufgabe für die kommenden Haushaltsverhandlungen sein, diese fehlenden Stellen im Haushaltsplan zu plazieren.

(-/9.8.1988/vo-he/st)

* * *

Der Plutoniumkreislauf erhöht das Abzweigungsrisiko drastisch

(Teil III)

Zwischenbilanz des Untersuchungsausschusses Atomskandal

Von Hermann Bachmaier MdB
SPD-Obmann im Untersuchungsausschuß Atomskandal

und Prof. Dr. Hartmut Soell MdB
Berichtersteller der SPD-Fraktion

II.

Untersuchung des Kontroll- und Überwachungssystems:

Der Atomskandal-Untersuchungsausschuß hat auch die Aufgabe, Schwachstellen bei der zivilen Nutzung der Kernenergie aufzudecken. So hat der Ausschuß das System der internationalen Sicherungsmaßnahmen gegenüber der zivilen Nutzung der Kernenergie behandelt, um deren Reichweite und Effektivität und damit insbesondere das Risiko einer Abzweigung nuklearer Materialien zu unfriedlichen Zwecken einschätzen zu können.

Diese Aufklärung wird dadurch behindert, daß dem Ausschuß nur ein beschränkter Kreis von Sachverständigen zur Verfügung steht und maßgebliche Unterlagen von den zuständigen Behörden geheimgehalten werden.

Dem Ausschuß wurden die bereits im Februar angeforderten Akten des Bundesministeriums für Forschung und Technologie zur Spaltstoffflußkontrolle bisher nicht zugänglich gemacht. Wann dies geschehen wird, ist noch offen. Die Experten der internationalen Organisationen haben vor dem Ausschuß auf ihre beschränkte Aussagegenehmigung verwiesen und Antworten auf Fragen, die konkrete Vorgänge betreffen, verweigert. Mängel des Sicherungssystems räumten sie erst nach hartnäckigem Befragen ein. Im Bereich der Nichtweiterverbreitungskontrolle hat der Ausschuß Anlaß, über mangelnde Kooperationsbereitschaft der maßgeblichen Dienststellen zu klagen. Die Einrichtung supranationaler Institutionen ist durchaus wünschenswert. Sie darf aber nicht zu einer übermäßigen Beschränkung der Kontrollmöglichkeiten der demokratisch legitimierten Organe führen.

Dennoch ist es dem 2. Untersuchungsausschuß gelungen, Grenzen und Mängel des Nichtweiterverbreitungssystem zu verdeutlichen. Die von Koalition und Atomwirtschaft aufgestellte Behauptung, eine Abzweigung waffenfähigen Materials sei bei uns ausgeschlossen, blieb unbewiesen. Im Gegenteil: Abzweigungen müssen nach den bisherigen Erkenntnissen als grundsätzlich möglich angesehen werden. Im einzelnen können folgende Schlußfolgerungen gezogen werden:

1. Die Sicherungsmaßnahmen von IAE0 und EURATOM sind darauf ausgerichtet, die Abzweigung signifikanter Mengen von waffenfähigen Nuklearstoffen durch einen Staat rechtzeitig zu entdecken. Daß sie damit zugleich Abzweigungen - und nicht nur solche durch einen Staat, sondern auch solche durch Betreiber von Anlagen oder sonstige Personen - erschweren, stellt lediglich einen Nebeneffekt dar. Die Verhinderung einer Abzweigung ist Aufgabe der nationalen Behörden. Die Aussagen der Sachverständigen zur Effektivität der Safeguards beziehen sich also allein auf die Wahrscheinlichkeit einer nachträglichen Entdeckung, was bis zu einem Jahr dauern kann. Die 1995 anstehende Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages muß schon jetzt von der Bundesregierung zum Anlaß genommen werden, die Wirksamkeit dieses wichtigen Vertragswerks deutlich zu verbessern.
2. Selbst der Nachweis der Abzweigung einer signifikanten Menge ist der IAE0 nur mit 90 bis 95prozentiger Wahrscheinlichkeit und in Anlagen mit großem Materialdurchsatz, die auch in der Bundesrepublik Deutschland existieren, mit noch wesentlich geringerer Wahr-

scheinlichkeit möglich. Deutlich geworden ist auch, daß schon erheblich kleinere Mengen als die als signifikant festgelegten verheerende Folgen anrichten können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Festlegung, welche Mengen an spaltbarem Material für den Bau einer Atombombe benötigt werden, bereits in den 60er Jahren erfolgte und durch die seitdemerfolgte technische Entwicklung überholt ist (zum Beispiel 8 kg Plutonium, obwohl bereits die Hälfte für einen nuklearen Sprengsatz ausreichend ist). Die Entdeckung der Abzweigung solcher kleinerer Mengen können IAE0 und EURATOM nicht sicherstellen. So muß bezweifelt werden, ob der im Verarbeitungsprozeß eintretende Materialschwund (MUF) von etwa einem Prozent von einer langfristig und stufenweise auf die Entnahme kleiner Mengen angelegten Abzweigung unterschieden werden kann. Unsicherheiten bestehen auch hinsichtlich der Genauigkeit der Meßgeräte und dem Funktionieren der Überwachungskameras und der Beleuchtung in den Anlagen.

3. Bedenken gegen die Effektivität der internationalen Atomkontrollen ergeben sich aus der engen Verbindung von IAE0 und EURATOM mit der Atomindustrie. Die eingesetzten Inspektoren sind vor und nach ihrer Tätigkeit bei der IAE0 in der Regel in der Nuklearwirtschaft beschäftigt, für die Betreiber überraschende Inspektionen finden kaum statt, und bei der Erstellung der Materialbilanzen wirken die Betreiber der Anlagen selbst mit. Eine Verschärfung der internationalen Kontrollen ist nötig. Derzeit sinkt die Kontrollichte der IAE0, da ihr Haushalt trotz wachsender Aufgaben seit drei Jahren eingefroren ist.
4. Die Arbeit der IAE0 erfolgt weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der nationalen Parlamente. In den veröffentlichten Jahresberichten fehlt es völlig an konkreten und nachprüfbareren Angaben. Die Durchführungsberichte (Safeguards Implementation Reports) werden als Verschlusssachen eingestuft und nur den Regierungen der Mitgliedstaaten zugänglich gemacht. Einzelheiten kommen allein in internen Gremien zur Sprache. Die hierfür von der IAE0 gegebenen Begründungen sind nicht nachvollziehbar. Es muß von der IAE0 erwartet werden, daß sie ein objektives und unmißverständliches Bild ihrer Tätigkeit abgibt. Nur dann ist eine realistische Einschätzung des Proliferationsrisikos möglich. Eine öffentliche Diskussion über die Kontrollergebnisse und über das Ausmaß der Gefahr eines Mißbrauchs spaltbaren Materials kann nur dann sinnvoll geführt werden. Die Einrichtung supranationaler Institutionen darf nicht dazu führen, daß wesentliche Informationen einer Bewertung durch die Parlamente entzogen werden und damit die Funktion der demokratisch legitimierten Organe auf nationaler Ebene übermäßig beschnitten werden.
5. Durch die Nutzung der Wiederaufarbeitungstechnologie werden die internationalen Kontrollen erschwert. In Wiederaufarbeitungsanlagen sind die Abzweigungsmöglichkeiten größer, eine Abzweigung ist schwerer zu entdecken, das Proliferationsrisiko steigt. Bei einem Durchsatz von sechs Tonnen Plutonium in Wackersdorf beträgt allein der Schwund rund 60 Kilogramm im Jahr, genug, um mindestens acht Bomben damit zu bauen. Der Überwachungsaufwand steigt immens, ohne daß sichergestellt ist, daß die IAE0 die hierfür erforderlichen Kapazitäten hat. Die Verwendung von Plutonium und hochangereichertem Uran führt zu einer gravierenden Verschärfung der Gefahren des Nuklearterrorismus.
6. Bezüglich der Kontrolle der Hanauer Nuklearbetriebe hat es erhebliche Auseinandersetzungen gegeben, insbesondere über die Ausgestaltung der facility attachments, was zu jahrelangen Verzögerungen führte. Derzeit wird ein neues Überwachungskonzept erprobt. Vor allem in den USA scheinen gravierende Zweifel an der Proliferationssicherheit der Hanauer Anlagen zu bestehen. Worauf diese Bedenken im einzelnen beruhen und inwieweit sie berechtigt sind, konnte der Ausschuß wegen der beschränkten Auskunftsbereitschaft der sachkundigen Experten bislang nur ansatzweise klären. Fest steht auch, daß

erst nach den Vorfällen vom 14. Januar 1988 zusätzliche Sicherungsmaßnahmen von den Betreibern der Hanauer Anlagen eingerichtet wurden.

7. Unzureichend ist die Einbeziehung nuklearer Abfälle in das Überwachungssystem. So hat sich herausgestellt, daß auch aus dem Sicherungssystem herausgenommenen Abfällen noch relevante Mengen spaltbaren Materials zurückgewonnen werden können. Erst durch eine Meldung des Betreibers kommt dieses Material wieder unter internationale Kontrolle, was Mißstände ermöglicht.

8. Noch näher geprüft werden müssen Mängel beim physischen Schutz spaltbaren Materials in der Bundesrepublik Deutschland. Bereits jetzt kann festgestellt werden, daß die staatliche Verantwortung im Bereich sensitiver Anlagen nur unzureichend wahrgenommen und zu viel dem Betreiber überlassen wird. Dies gilt auch für den privaten Objektschutz. Ein nationales Bilanzierungssystem, das Voraussetzung für eine umfassende Information der zuständigen Behörden und damit für einen wirkungsvollen Schutz ist, existiert nicht. Es ist zu begrüßen, daß nunmehr die Bundesregierung endlich das Verfahren zur Ratifizierung des internationalen Übereinkommens zum physischen Schutz von Kernmaterial eingeleitet hat, das bereits vor neun Jahren abgeschlossen wurde.

Eine besondere Schwachstelle bilden Nukleartransporte. Diese erfolgen in der Bundesrepublik Deutschland teilweise ohne Polizeibegleitung, die Übereinstimmung der Ladung mit Deklaration und Genehmigung wird nicht kontrolliert, und auch die Zuverlässigkeit des Beförderungspersonals wird nur unzureichend geprüft. (—/9.8.1988/fr/st)

(wird fortgesetzt)

* * *